



Inhalt

Gesetzentwurf auf Eis

[Bund stoppt Besoldungsanpassung – scharfe Kritik vom dbb](#)

Länder und Kommunen

[Besoldung und Versorgung: Die Inflationsausgleichsprämie kommt](#)

dbb jugend

[Internationaler Tag gegen Rassismus: Mehr Extremismusprävention gefordert](#)

dbb jugend

[Soziale Arbeit: Investition in gesellschaftliche Nachhaltigkeit](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

[„Rolle rückwärts“ bei der verfassungskonformen Besoldung](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Liebel: Beamtinnen und Beamten den Rücken stärken](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Sprache schafft Bildungschancen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Gesetzentwurf auf Eis

Bund stoppt Besoldungsanpassung – scharfe Kritik vom dbb

Der Gesetzentwurf, mit dem die Besoldung endlich auch auf Bundesebene verfassungskonform werden sollte, wird von der Ampel nicht weiterverfolgt. Der dbb übt daran scharfe Kritik.

Die Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ, Ausgabe vom 18. März 2023) berichtet, dass die Regierungskoalition sich immer noch „uneins über die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Reform der Beamtenbesoldung“ sei und der Referentenentwurf, der bereits im Januar 2023 vorgelegt wurde, deshalb „regierungsintern nicht weiterverfolgt werde“. Während alle Bundesländer bereits auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) reagiert und ihre Besoldungsgesetze angepasst haben, ist auf Bundesebene damit weiterhin keine Lösung in Sicht. Auch Abgeordnete der Ampel-Parteien kritisieren den Stillstand.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach übte in der Zeitung wegen des Vorgangs scharfe Kritik an der Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Sie verlangt zu Recht Verfassungstreue von den Beamten, hält sich aber als Verfassungsministerin selbst nicht an die Entscheidungen des Verfassungsgerichts.“ Der dbb werde diese Untätigkeit nicht akzeptieren und behält sich auch juristische Schritte vor. „Das Bundesverfassungsgericht kann nicht hinnehmen, dass die Bundesregierung ewig seine Vorgaben ignoriert“, so der dbb Chef.

Länder und Kommunen

Besoldung und Versorgung: Die Inflationsausgleichsprämie kommt

Alle Landesregierungen haben die Übertragung des Inflationsausgleichs zugesagt oder bereits durch Vorlage eines entsprechenden Landesgesetzes auf den Weg gebracht.

Neben den Beamtinnen und Beamten des Bundes erhalten nun auch die Beamtinnen und Beamten aller Länder und Kommunen eine Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro (Versorgungsempfänger und Hinterbliebene grundsätzlich jeweils entsprechend ihrem Ruhehalts- bzw. Anteilssatz) zum Ausgleich der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten.

„Dies ist nur durch die beharrliche Arbeit des dbb und seiner Landesbünde gelungen“, sagte der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, am 20. März 2024 in Berlin.

Hintergrund ist die am 15. März 2024 erzielte Tarifeinigung in Hessen, bei der unmittelbar auch die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten seitens der Landesregierung zugesichert wurde. Silberbach: „Dies ist ein klares Signal der Wertschätzung, aber auch der Anerkennung des Grundsatzes auf gleiche Teilhabe an der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes.“

Die Zahlungen sollen beziehungsweise sind bereits überwiegend mit den Bezügen März oder April für die zurückliegenden Monate erfolgt und werden zudem bis Oktober 2024 in monatlichen Raten zusätzlich zur Besoldung gewährt.

Auch hinsichtlich der zum 1. November 2024 im Tarifvertrag vereinbarten Gewährung eines Sockels von 200 Euro und der zum 1. Februar 2025 vorgesehenen Linearanpassung von 5,5 Prozent haben bereits alle Dienstherren eine zeit- und systemgerechte Übertragung zugesagt und befinden sich hinsichtlich deren konkreten Ausgestaltung noch in der Abstimmung/Beratung des jeweiligen Gesetzentwurfes.

Über die Einzelheiten der derzeitigen Vorhaben in allen Bundesländern informiert der dbb in einem [Dokument auf dbb.de \(PDF\)](#).

dbb jugend

Internationaler Tag gegen Rassismus: Mehr Extremismusprävention gefordert

Vor allem dieses Jahr hat der Internationale Tag gegen Rassismus eine große Bedeutung, betont der Vorsitzende der dbb jugend. Denn menschenverachtende Ideologien sind auf dem Vormarsch.

„Leider wird die hässliche Fratze des Rassismus in der Öffentlichkeit immer sichtbarer“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 21. März 2024 in Berlin anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus. „Die Menschheit ist in der Lage, zum Mond zu fliegen, sitzt aber immer noch dem Irrglauben auf, dass manche Menschen aufgrund biologischer Merkmale besser sind als andere. Das ist für mich vollkommen unverständlich und skandalös. Aber es ist eine Tatsache, der wir uns als Demokratinnen und Demokraten stellen müssen.“

Fandrejewski unterstrich die Forderung der dbb jugend an die Politik, mehr für Extremismusprävention und Demokratieförderung zu tun: „Menschenverachtendes Gedankengut darf sich gar nicht erst in den Köpfen festsetzen. Schulen, Sportvereine, aber auch indivi-

duelle Projekte spielen im Kampf gegen Extremismus eine Schlüsselrolle. Der Staat muss alles dafür tun, um diese wichtige Arbeit zu fördern. Und natürlich gehört es auch zu unserem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, für Menschenrechte, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit einzutreten.“

Die Verbrechen der Nationalsozialisten. Das Massaker von Srebrenica. Der Völkermord in Ruanda. „Es gibt so viele schreckliche Beispiele aus der Geschichte, die zeigen, wohin es führen kann, wenn der Rassismus siegt und Menschenrechte unterliegen“, betonte der Vorsitzende der dbb jugend. „Und leider gibt es sie auch in der Gegenwart. Von den Demonstrationen gegen Rechts in den vergangenen Monaten ist ein starkes Signal ausgegangen. Davon brauchen wir mehr. Lasst uns aktiv für unsere Werte einstehen!“

dbb jugend

Soziale Arbeit: Investition in gesellschaftliche Nachhaltigkeit

Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen, Frauenhäuser: Sozialarbeitende arbeiten überall, wo Menschen Unterstützung benötigen. Zu oft unter dem Radar.

„Die Sozialarbeit ist für die gesamte Gesellschaft von zentraler Bedeutung“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, in Berlin am 19. März 2024, dem Internationalen Tag der Sozialen Arbeit. Ohne Beratungsstellen gäbe es keine Anlaufstellen für Menschen, die ein Suchtproblem haben und von Gewalt betroffen sind. Ohne Bewährungshilfe gäbe es keine Instanz, die Straftäter in ein Leben ohne Kriminalität begleitet. Und ohne Sozialarbeit in Schulen wäre niemand da, der junge Menschen mit familiären Problemen zur Seite steht. Fandrejewski: „Die Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. All diese Beispiele verdeutlichen, wie wichtig der Job ist, den Sozialarbeitende täglich leisten. Investitionen in Sozialarbeit sind Investitionen in gesellschaftliche Nachhaltigkeit.“

Anne Klotz, Sprecherin der Jugend des Berufsverbands für Soziale Arbeit (DBSH) und Mitglied im Bundesjugendausschuss der dbb jugend, nutzte den Tag der Sozialen Arbeit, um Probleme ihrer Branche in den Fokus zu rücken. „Unbezahlte Praxissemester sind leider immer noch eine Realität, mit der viele Studierende der Sozialarbeit konfrontiert sind“, sagte sie. Dies führe nicht selten zu prekären finanziellen Lagen. „Und auch in der Berufspraxis gibt es Dinge, bei der die Politik dringend einschreiten muss. Beispielsweise gibt es für Sozialarbeitende kein flächendeckendes Zeugnisverweigerungsrecht. Klientinnen und Klienten mit krimineller Vergangenheit vertrauen uns nicht, wenn sie wissen, dass das Gesetz uns zwingt, gegen sie auszusagen. Das erschwert die Präventionsarbeit enorm, die im Sinne der gesamten Gesellschaft ist.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Baden-Württemberg

„Rolle rückwärts“ bei der verfassungskonformen Besoldung

„Ich freue mich mit jeder Beamtin und jedem Beamten, die ab November 2024 mehr Geld bekommen als die bisher angekündigte lineare Erhöhung von 3,6 Prozent“, sagte BBW-Vorsitzender Kai Rosenberger am 21. März 2024 in Stuttgart. Glücklich über den von der Landesregierung angekündigten Kurswechsel bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung sei er aber dennoch nicht.

Bisher hatte das Finanzministerium eine lineare Erhöhung geplant. Stattdessen sollen nun alle Besoldungsgruppen – wie im Tarifbereich – eine Erhöhung um 200 Euro (Sockelbetrag) bekommen. Das komme einer Rolle rückwärts gleich, so Rosenberger. Dadurch entstehe zwangsläufig der Eindruck, dass man sich auf politische Aussagen nicht mehr verlassen könne. Zudem werde ein Systemfehler fortgeführt und die Abstände zwischen den Besoldungsgruppen abgeschmolzen – und zwar um zu sparen.

Insgesamt sieht Rosenberger in der jetzt propagierten alleinigen Übertragung des Sockels einen Rückschritt. Der BBW habe gefordert, dass bei der Übertragung des Länder-Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich niemand weniger erhalte als in den anderen Bundesländern. Doch hierzu sollte – wie vom Finanzministerium angekün-

digt – die Rechtsprechung des BVerfG eingehalten und weitere Erhöhungen zur Gewährleistung der amtsangemessenen Alimentation und des Abstands zur Grundsicherung vorgesehen werden. Auf diesen Weg konnten sich die Regierungsfractionen offenbar doch nicht einigen.

„Es wäre deshalb nicht nur anständig, sondern geboten, dass wenn nun schon ein einheitlicher Sockel gezahlt werden soll, mindestens die angekündigte lineare Erhöhung von 3,6 Prozent gewährleistet wird, damit nicht der gesamte höhere Dienst – wieder einmal – das Nachsehen habe“, fügte der BBW-Vorsitzende hinzu. Man fordere eine langfristige verfassungskonforme Alimentation in den Blick zu nehmen. Richtig sei eine lineare Übertragung des Sockels plus eine zusätzliche lineare Erhöhung zur Sicherung des Abstands zur Grundsicherung.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Liebel: Beamtinnen und Beamten den Rücken stärken

Amtsangemessene Besoldung, Pensionen, Gewalt gegen Staatsbedienstete: Es gibt viel Diskussionsstoff rund um Beamtinnen und Beamte. Mit der beamtenpolitischen Sprecherin der CDU/CSU, Petra Nicolaisen MdB, tauschte sich der BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel vor diesem Hintergrund zu den aktuellen Herausforderungen bei Bundesfinanzverwaltung und Zoll aus und stellte ein Konzept für eine Reform des Bundeslaufbahnrechts vor.

Der BDZ steht für durchlässigere Laufbahnen, die berufliche Perspektiven eröffnen und das Fortkommen weniger an formale Erfordernisse als an Erfahrungswerte knüpft. Liebel schilderte Nicolaisen, wie sich die konkrete personelle und organisatorische Situation bei Zoll und Bundesfinanzverwaltung darstellt. Im Zusammenhang mit der Vereinfachung des Laufbahnaufstiegs betonte Liebel auch die Bedeutung der aktuell ausbleibenden Investitionen in moderne IT-Verfahren. Diese könnten die Kolleginnen und Kollegen von einfachen Routine-

aufgaben entlasten und die Möglichkeit eröffnen, den Fokus auf anspruchsvollere Tätigkeiten zu legen, die wiederum höherwertige Dienstposten bedeuten. Leider tue sich in diesem Bereich beim Bund hier zurzeit zu wenig, sodass dieser – gerade im Vergleich zu vielen Bundesländern – an Attraktivität zu verlieren drohe.

Hinsichtlich der jüngsten Meldungen, dass die Bundesregierung den Gesetzentwurf für eine verfassungskonforme Besoldung nicht weiter-

verfolgen wolle, äußerten Liebel und Nicolaisen beide Unverständnis. Aus Sicht der Abgeordneten würde der Vorgang zeigen, dass es der Ampel-Koalition schlicht an Handlungsfähigkeit fehle, denn selbst die Fachpolitiker der Regierungsfractionen hätten sich irritiert gezeigt. Nicolaisen sagte Liebel zu, den dbb und seine Fachgewerkschaften wie den BDZ bei der Auflösung dieser Blockadehaltung durch die Bundesregierung zu unterstützen. „Die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten dürfen nicht zum Spielball einer unsoliden Haushaltspolitik der Ampel werden“, sagte Nicolaisen.

Aus aktuellem Anlass wies die Nicolaisen außerdem auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion an die Bundesregierung hin, in der es um Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ging. Demnach lägen der Regierung keine konkreten Erkenntnisse zu Ausmaß und Betroffenheit

vor, die über die bereits aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Forschungslandschaft (Universität Speyer) bekannten Informationen hinausgehen. Das BMI begnüge sich ferner mit dem Verweis auf einen im Juni 2022 veranstalteten Bund-Länder-Kongress und einen für das Frühjahr 2024 geplanten Workshop. Gesetzlicher Handlungsbedarf werde grundsätzlich nicht gesehen, da Maßnahmen zum Gewaltschutz im Einzelfall auf Behördenebene getroffen werden müssten. Dies zeuge, so Nicolaisen, letztlich von einem nach wie vor zu gering ausgeprägtem Problembewusstsein der politischen Führung. Liebel betonte, aus Sicht des BDZ sei es nicht akzeptabel, dass der Bund über die behördeninternen Regelungen hinaus für sich keine Handlungserfordernisse sieht und sich auf „Informationsaustausch zu Best Practices“ – wie es in der Bundestagsdrucksache heißt – beschränke.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Sprache schafft Bildungschancen

Kitaleitungen haben zu wenig Zeit für ihre Leitungsaufgaben. Außerdem wird in Kitas häufig in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung gearbeitet und es gibt große Probleme bei der Fachkräftegewinnung. Das zeigt eine anlässlich des Deutschen Kitaleitungskongresses in Düsseldorf am 19. und 20. März 2024 veröffentlichte Umfrage. Der VBE sorgt sich um die Sprachentwicklung der Kinder.

„Der Personalmangel an Kindertagesstätten bestimmt den Alltag. Das hat Konsequenzen! Wo kaum die Betreuung gewährleistet werden kann, bleibt die individuelle Förderung sprachlicher Kompetenz eine Wunschvorstellung. Das können wir uns aber nicht leisten. In den Jahren der Elementarbildung wird das Fundament für den weiteren Bildungserfolg gelegt. Doch es bleibt unklar, wie das gelingen soll, wenn nicht einmal annähernd genug Personal zur Verfügung steht. Wir fordern deshalb, dass sich die Politik stärker dafür verantwortlich fühlt, den Elementarbereich so auszustatten, dass die Bildungsbasis erfolgreich gelegt werden kann. Dazu gehört neben Personalgewinnungskampagnen, der angemessenen Bezahlung der Fachkräfte und einem attraktiven Arbeitsumfeld vor allem der Einsatz multiprofessioneller Teams“, erklärt Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), mit Blick auf die Ergebnisse des aktuellen DKLK-Meinungstrends.

Darin geben über die Hälfte der teilnehmenden Kitaleitungen an, in mehr als 20 Prozent der Zeit in Personalunterdeckung zu arbeiten. Das antworteten im letzten Jahr noch knapp 10 Prozent mehr. Sorge mache aber weiterhin, dass mehr als jede 7. Kitaleitung angibt, in über 60 Prozent dieser Zeit in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung zu arbeiten. Und es ist keine Besserung in Sicht. 84 Prozent der Kitaleitungen geben an, dass sich der Personalmangel im vergangenen Jahr verschärft hat. Deshalb wird bei drei Viertel der Kitas Personal eingestellt, das noch vor wenigen Jahren wegen unzureichender Qualifikation nicht eingestellt worden wäre.

Die Umfrage stand in diesem Jahr unter dem Schwerpunkt „Sprachliche Bildung“. Obwohl drei von vier Befragten tendenziell zufrieden mit der sprachlichen Bildung an ihrer Kita sind, berichtet ein Drittel der Kitaleitungen, über keine speziell für den Bereich qualifizierte Fachkraft zu verfügen. Außerdem zeigen die Ergebnisse, dass es eine hohe Nichtpassung

von 63,5 Prozent gibt, wobei Kinder eine Sprache sprechen, die nicht vom Personal gesprochen wird (oder umgekehrt). Neckov erläutert: „Wenn die Fachkräfte vor Ort nicht die Muttersprache der Kinder sprechen, kann es eine Hürde in der Kommunikation und auch bei der

Vermittlung der deutschen Sprache darstellen. Bei Personalgewinnungskampagnen sollte daher darauf geachtet werden, Menschen, die fehlende sprachliche Passungen ausgleichen können, bevorzugt anzuwerben. Dies gilt auch für das multiprofessionelle Team.“

Namen und Nachrichten

Moderne Verwaltung, Personalmangel, Ausstattung im öffentlichen Dienst: In einem Podcast redet der **dbb** Bundesvorsitzende Klar-text. Was hat sich in der Verwaltung geändert? Ist der öffentliche Dienst ein moderner Arbeitgeber? Schließen sich Flexibilität und Beamtenstatus gegenseitig aus? Unter anderem auf diese Fragen hat Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb, im [Podcast „GovCast“ auf Spotify](#) mit Faruk Tuncer Antworten gegeben. Die Folge ist am Montag, 18. März, erschienen. Im Gespräch beklagt Silberbach eine teils „vorsintflutliche Ausstattung“ in der Verwaltung und spricht über Schwerpunkte, welche die Politik aus gewerkschaftlicher Sicht setzen sollte. Nicht zuletzt gibt der Bundesvorsitzende Einblicke in seinen persönlichen Werdegang und verrät, was ihn trotz aller Herausforderungen positiv in die Zukunft blicken lässt.

Mit Markus Blume, seit rund zwei Jahren Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, traf sich **BBB**-Chef Rainer Nachtigall am 21. März 2024 zum Gedankenaustausch. Nachtigall wies auf die dringende Notwendigkeit weiterer Stellenhebungen im kommenden Doppelhaushalt hin. Auch die geplanten Stelleneinsparungen infolge von Digitalisierung wurden thematisiert. Angesprochen auf die Befristungen in seinem Bereich, verwies Staatsminister Blume auf den speziellen Bedarf mit Blick auf die Flexibilität der Hochschulen. Außerdem stellte er klar, dass personalvertretungsrechtliche Sonderregelungen in seinem Ressort nicht nötig seien.

Termine:

16. April 2024

18. Frauenpolitische Fachtagung

„Familie, Sorgearbeit, Altersarmut - die CAREseite der Medaille“

Weitere Informationen unter www.dbb-frauen.de